

Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,  
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 thlr. 10 sgr.,  
mit Botenlohn 1 thlr. 17 sgr. 6 pf.  
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 thlr. 11 sgr. 6 pf.

# Stettiner



Bestellungen nehmen alle Postämter an.  
Für Stettin: die Graumann'sche Buchhandlung,  
Schulzenstraße Nr. 341.  
Redaction und Expedition daselbst.  
Insertionspreis: Für die gespaltene Zeile 1 sgr.

# Zeitung.

Abend-Ausgabe.

No. 58.

Montag, den 4. Februar.

1856.

## Orientalische Frage.

Die neueste Berliner „Zeit“ behandelt in ihrem Leitartikel die Frage, „ob Preußen an den bevorstehenden Friedenskonferenzen Theil zu nehmen habe oder nicht.“

Nachdem sie nachgewiesen, wie juristische und politische Gründe für eine Theilnahme sprächen, schließt sie den Artikel mit folgenden Worten:

„Aus allen diesen Gründen folgt, daß Preußen berechtigt ist, eine Einladung zur Theilnahme an den Konferenzen von Seiten der künftigen Mächte zu erwarten. Thut Preußen leicht etwas mehr, bietet es in schicklicher Weise seine Hand dar: so geschähe dies sicher nur aus Rücksicht für die Rechtskraft und die Dauer des neuen Zustandes, aus Rücksicht für die Segnungen des Friedens, die der Welt durch diesen neuen Zustand zu Theil werden sollen, und zwar nämlich in Berücksichtigung der Möglichkeit, daß die künftigen Mächte in falsch verstandener Politik den Fehler begehen könnten, Preußen — weil es außerhalb des Krieges gestanden — als auch außerhalb der Friedensverhältnisse stehend zu betrachten, ein Fehler, welcher leicht für die Festigkeit und die Dauer des neu zu schaffenden Zustandes von nachtheiligen Folgen werden könnte.“

Wir geben nachstehend den Wortlaut desjenigen (schon telegraphisch gemeldet) Artikels, durch welchen die „Dess. Corresp.“ die vorgestern in Wien erfolgte Unterzeichnung des Protokolls über die Friedens-Präliminarien mittheilt: „In Folge der allseitigen Annahme des bereits zur Oeffentlichkeit gelangten österreichischen Entwurfs von Friedens-Präliminarien sind heute Mittag 12 Uhr die Repräsentanten Englands, Frankreichs, der h. Pforte und Rußlands in dem k. k. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zusammengetreten, um in Gemeinschaft mit dem Herrn Grafen v. Buol-Schauenstein, als dem Repräsentanten Oesterreichs, ein Protokoll zu unterzeichnen, durch welches die erwähnten Friedens-Präliminarien verbindende Kraft erlangen. In dem heute unterzeichneten Aktensstücke ist zugleich der zu bewerkstelligende Abschluß eines Waffenstillstandes grundsätzlich festgestellt und dabei bestimmt worden, daß die spätestens innerhalb drei Wochen von heute zu Paris zusammentretenden außerordentlichen Bevollmächtigten der fünf Höfe, nach förmlicher Unterzeichnung der heute paragraphirten Friedens-Präliminarien, den Friedensstratrat abzuschließen ermächtigt sein sollen. Der deutschen Bundesversammlung werden die abgeschlossenen Friedens-Präliminarien in der nächsten Donnerstagssitzung von dem k. k. Präsidialgesandten mitgetheilt werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die hohe Versammlung sich im Namen des deutschen Bundes mit warmem Interesse dem glücklich erzielten Ergebnis anschließen wird.“

Der Allg. Ztg. schreibt man aus London vom 29. Jan.: Ein französischer Staatsmann von europäischer Berühmtheit, dessen Bemerkungen gewöhnlich sehr richtig sind, äußerte neulich: „bei dem jetzigen hohen Standpunkt Frankreichs, bei seinen glänzenden militärischen Anstalten, bei welcher Unthätigkeit eine Gefahr darböte, werde es leichter sein, die französische Nation dahin zu stimmen, daß sie sich in einen neuen Krieg einlasse, als früher sie zur Theilnahme am jetzigen Krieg oder zur Verhinderung in demselben zu bewegen. Ich möchte die Aufmerksamkeit Ihrer Leser auf diese Bemerkung richten. Schon in den kaum angefangenen jetzigen Unterhandlungen lassen sich Kombinationen von äußerster Bedeutung für den Zustand Europas erkennen. Weder in Frankreich, noch in England, noch wahrhaftig auch in Rußland herrscht viel Glauben an die Dauerhaftigkeit des abzuschließenden Friedens. Sollten Feindseligkeiten während der nächsten Jahre wieder beginnen, so wünsche ich, dies möge nicht in einer für Deutschlands Wohl und das Gleichgewicht Europas verhängnisvollen Weise geschehen.“

Aus Wien, 31. Januar, wird der Independance Belge telegraphirt: „Heute bringt Graf Rechberg, den Absichten Preußens entgegen, die von dem österreichischen Kabinete an Rußland gestellten Friedens-Bedingungen vor den Bundestag in Frankfurt.“

Paris, 31. Januar. Ueber die Zulassung Preußens zu den bevorstehenden Pariser Konferenzen (und nicht Kongress, wie namentlich französische Blätter diese Versammlung ganz mit Unrecht nennen) höre ich aus guter Quelle Folgendes. Frankreich und England sollen erklärt haben, daß sie gegen die Theilnahme Preußens gar nichts einzuwenden haben und daß dieser Staat daher zu den Konferenzen Zutritt erhalten soll, wenn es denselben verlangt. Was von einer Einladung der beiden Westmächte an Preußen gesagt worden ist, beruht auf völligem Irrthum, eine solche Einladung ist bis jetzt nicht ergangen und wird, wie man mit Versichert, weder von Paris noch von London aus ergehen; es wird das allerdings nicht ausschließen, daß Oesterreich und Rußland eine Aufforderung zur Theilnahme an Preußen ergehen lassen.

(Nat. Ztg.)

Paris, Sonnabend, 2. Februar. Der heutige „Moniteur“ enthält in einer Note die Mittheilung, Rußland habe bei Annahme der österreichischen Propositionen die Unterzeichnung eines Proto-

kolls vorgeschlagen, um die Adhäsion der kontrahirenden Höfe und eine Zusammenkunft von Bevollmächtigten binnen drei Wochen festzustellen, welche der Reihe nach zur Unterzeichnung der Präliminarien und eines Waffenstillstandes und zur Eröffnung der Unterhandlungen über den Friedensstratrat selbst schreiten werden. England hat den Wunsch ausgedrückt, daß die Konferenzen in Paris abgehalten werden, Oesterreich hat beigestimmt und die Bevollmächtigten werden in Paris berathen. Das die Annahme konstatirende Protokoll ist gestern Mittag in Wien unterzeichnet worden. Die Bevollmächtigten werden vor dem 20. Februar zusammentreten.

Bei den an der Pforte in Konstantinopel gehaltenen Konferenzen über den vierten Punkt haben die Verbündeten so ziemlich alles durchgesetzt, was sie zu Gunsten der Majahs verlangten. Die türkischen Minister zeigten auch nicht den mindesten Widerstand; Einwendungen, die sie über Einzelnes während der Diskussion erhoben, wurden als vollkommen gerecht und billig anerkannt. Die Ankunft des Barons Alphonse von Rothschild hat in der Finanzwelt der türkischen Hauptstadt ungemeines Aufsehen gemacht, und man glaubt allgemein, es handle sich um Vorlegung eines Finanzplanes, da die zunehmende Entwertung des Kaime (Papiergeldes) rasche und energische Hülfe erbeischt.

Aus Anapa bringt das Journal de Constantinople Nachrichten, die bis zum 11. Januar gehen. Auch dort war die Kälte sehr groß und dadurch jede Operation der Russen gehemmt. Seiner Pascha, der in Anapa kommandirt, hatte mit den angesehensten Fischerhaupteilungen Verbindungen angeknüpft und mit mehreren derselben Zusammenkünfte gehabt. In Folge ihres guten Einvernehmens mit der Umgegend hatte die türkische Garnison, die übrigens nur schwach ist, keine Noth zu leiden, da die Bergbewohner die nöthigen Lebensmittel liefern.

## Deutschland.

Berlin, 3. Februar. Im Herrenhause hat Graf Hardenberg, von 30 Mitgliedern unterstützt, den Antrag eingebracht: die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung die erforderlichen Veranlassungen treffen werde, um den Ausbau der Ostbahn zwischen Berlin und Kreuz zu beschleunigen.

Im Herrenhause ist vom Gr. Ispenplig der von 21 anderen Mitgliedern des Hauses unterstützte Antrag eingebracht worden: die k. Staats-Regierung zu ersuchen, den beiden Häusern des Landtags der Monarchie einen Gesetz-Entwurf vorzulegen, wodurch der Verschuldung und Zerplitterung der Bauergüter in den sechs östlichen Provinzen der Monarchie vorgebeugt würde, insbesondere durch Feststellung des Grundgesetzes: „daß dem, von dem Erblasser zu bestimmenden, event. dem von den Miterben zu wählenden, oder dem durch das Loos zu ermittelnden Uebernehmer das Bauergut für eine ermäßigte, die Erhaltung des Besitzstandes befördernde Pacht zu überlassen sei, an welche auch die Pflichttheils-Berechtigten, so wie alle anderen Erben gebunden wären.“ Begründet wird der Antrag dadurch, daß dem Bauernstande der Untergang drohe, wenn bei dem jetzigen Erbrechte Theilungstagen zu Grunde gelegt würden, welche den augenblicklichen vollen Werth des Gutes erschöpfen. Die Bauergüter würden durch die Gutsherren oder durch die Nachbarn ausgekauft.

Ein Mitglied des Herrenhauses hat den Eid auf die Verfassung nur mit ausdrücklichem Vorbehalte seines dem Könige als Unterthan geleisteten Huldigungsbeides und des als Soldat geleisteten Fahnenbeides schwören zu können erklärt. Der Präsident glaubte einen diesen Vorbehalt ausprechenden Zusatz nicht gestatten zu können und hat die Angelegenheit der Begutachtung der Geschäfts-kommission unterbreitet. Mit Rücksicht auf Art. 108 der Verfassung hat diese sich einstimmig dahin entschieden: „daß der von den Mitgliedern des Hauses zu leistende Eid auf die Verfassung nur in der bisher stets üblich gewesen Weise geleistet werden könne, und jede Abänderung des wörtlichen Ausdruckes desselben durch einen anderen Zusatz als denjenigen, welcher die dem religiösen Bekenntnisse entsprechende Bestätigungsformel enthält, unzulässig sei.“ Das Haus hat gestern diesem Antrage zugestimmt.

Wir berichteten bereits von dem Projekte, durch eine Zweigbahn der ober-schlesischen Eisenbahn die von Warschau kommende Eisenbahn mit Umgehung der österreichischen Grenze in direkte Verbindung mit dem preussischen Eisenbahnnetz zu setzen. Nach einer der B. V. Z. zugehenden Mittheilung hat der Direktor der ober-schlesischen Eisenbahn, Herr Lewald, bei seiner jüngsten Anwesenheit hierseits die desfallsigen vorläufigen Vereinbarungen sowohl durch Vermittelung des hiesigen russischen Gesandten mit der russischen Regierung als den preussischen entscheidenden Behörden gegenüber insoweit getroffen, daß die Ausführung des Projektes als gesichert betrachtet werden kann und die entsprechenden Vorschläge in kürzester Zeit den Aktionären der Gesellschaft zur Genehmigung werden vorgelegt werden.

Gegen den Wagner'schen Antrag auf Streichung des §. 12 der Verfassung, welcher die Gleichberechtigung aller Konfessionen verbürgt, laufen noch fortwährend von allen Judengemeinden im Staate Gegenpetitionen ein, welche die Aufregung und Besorg-

nisse bekunden, die dieser Antrag hervorgerufen hat. Die auch von dem Vorstande der hiesigen jüdischen Gemeinde eingereichte Petition auf Ablehnung desselben soll, wie verlautet, von sämtlichen Abgeordneten der Stadt Berlin unterschrieben sein. Da auch die Katholiken von dem Wagner'schen Antrage mit betroffen werden, so ist eine Verwerfung vor auszusehen.

Das Ober-Tribunal hat kürzlich in einer Untersuchung den bereits früher von ihm aufgestellten Grundsatz festgehalten, daß die Anrechnung der Untersuchungshaft auf eine gesetzlich bestimmte Strafe in dem System der jetzt geltenden Strafgesetze keine Rechtfertigung finde.

Wie wir hören, beabsichtigt Herr v. Hülse, durch den glänzenden Erfolg bestimmt, noch einen vierten Subscriptionsball zu geben. Sanguiniker behaupten, daß derselbe mit einem Massens-feste verbunden werden soll.

Bekanntlich wird höheren Ortes eine Erweiterung der Kompetenz des Polizeirichters gewünscht und angebahnt. Erst mit Einführung des neuen Strafgesetzbuches wurden dem früheren Einzelrichter eine Anzahl Vergehen, wie z. B. erster kleiner gemeiner Diebstahl, Betrug von geringer Höhe u. s. w. entzogen, weil die durch dasselbe gegen diese Vergehen verhängte Strafe das dem Polizeirichter vorbehaltene Strafmaß überschreitet. Mehrjährige Erfahrung hat jedoch bewiesen, daß eine erhebliche Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens ohne Gefahr für die Sicherheit der Angeklagten und des Urtheils in so manchem Fall, der jetzt vom Richterkollegium abgeurteilt wird, dadurch herbeigeführt werden kann, daß man dem Polizeirichter wenigstens einen Theil der ihm entzogenen Kompetenz zurückgibt, und ist aus dieser Erfahrung ein Gesetzesentwurf hervorgangen, der namentlich sämtliche Bettler, Arbeitsheute und Landstreicher, auch wenn sie sich im Rückfalle befinden, vor den Polizeirichter verweist. Man hofft noch in dieser Landtagsession mit diesem Gesetz zu einem günstigen Abschluß zu kommen.

Vor wohl länger als zehn Jahren machte sich ein hiesiger Einwohner von hier auf, um den fortgesetzten Anträgen seiner Gläubiger nach seiner Gesundheit ein energisches Ende zu machen, ging nach Konstantinopel und ließ sich dort als Sprachlehrer nieder. Ende vergangenen Jahres kam über ihn plötzlich der Wunsch, bei seinen Verwandten in Deutschland das Weihnachtsfest zu verleben; er reiste deshalb hierher zurück und ging endlich vor einigen Wochen nach Kurhessen, um vor seiner Rückreise ins türkische Reich auch die dortigen Angehörigen noch einmal zu sehen. Nach Erledigung dieses Geschäfts und einigen Streifzügen durch das einige Deutschland traf der Sprachlehrer eines Morgens in der vergangenen Woche mit der Hamburger Eisenbahn hier wieder ein und wollte wohlgemuth seine Reise weiter fortsetzen, als ihn das Schicksal in Gestalt eines Schutzmannes hier festhielt. Auf eine ganz unerklärliche Weise hatte eine alte Gläubigerin des Sprachlehrers endlich erfahren, daß derselbe hier wieder eintreffen würde, sie hatte Morgen für Morgen ihn abgelauert und endlich wirklich herausgefunden. Auf ihr dringendes Bitten stifteten ihn die Polizei-Beamten dem Gericht und von dort wanderte der alte Schuldner nach Moersersruh, um dort über den Spruch — der Mensch denkt und Gott lenkt — Variationen zu machen. Reichthümer scheint der Sprachlehrer übrigens in der Türkei nicht gesammelt zu haben, denn er dachte nicht an Zahlen, sondern ertrug mit türkischem Gleichmuth sein unerwartetes Geschick.

Der Verein für die innere Mission hat jetzt auch seine Wirksamkeit auf Anfertigung von Brief-Obolaten gerichtet, indem auf seine Veranlassung jetzt dergleichen fabrizirt werden, die auf der Außenseite einen Bibelspruch enthalten, damit Fabrikant, Absender, Abgeber und Empfänger in dieser Weise auch Gelegenheit erhalten, einen Bibelspruch zu lesen, wovon doch zuweilen Manches beherzigt werden könnte. (Feuerspr.)

Aus Leipzig meldet die „D. A. Z.“ die vorgestern dort auf Antrag des Polizei-Direktors Stieber aus Berlin erfolgte Verhaftung des Griechen Konstantin Simonides. Simonides hatte für einen von ihm täuschend angefertigten Palimpsest, drei Bücher des Uranios über die älteste Geschichte Aegyptens enthaltend, eine von Professor Lepsius vorgeschaffene Summe von 2000 Thalern erhalten, die sich bei ihm vollständig (und noch mehr als diese) vorfand. Professor Lepsius war mit Herrn Stieber nach Leipzig gekommen.

Posen, 1. Februar. Auf die Vorstellungen, welche Seitens der preuss. Regierung bei dem kaiserl. russischen Gouvernement zu dem Zwecke gemacht worden waren, um eine Erleichterung des durch vielfache Hemmungen eingeschränkten Reiseverkehrs dieser Unterthanen nach Rußland und dem Königreich Polen hin herbeizuführen, hatte die kaiserl. russische Regierung gegen Ende des abgewichenen Jahres nachgelassen, daß diejenigen preuss. Unterthanen, welche innerhalb drei Meilen von der Grenze wohnhaft sind, im Königreich Polen auf Grund von Legitimationskarten und von Pässen, die von den Landräthen oder anderen preuss. Ortsbehörden ausgestellt sind, zugelassen werden, ohne daß sie des Bija's einer russischen Gesandtschaft bedürfen, daß aber hiervon diejenigen Personen ausgeschlossen bleiben sollen, denen aus irgend



ДОНАТОРАМЪ ИЛИ ПОДАТЕЛЯМЪ.